

**Motion Born Rolf namens der AKK über die Geschäftsprüfungskommissionen der interkantonalen Konkordate (M 450).****Eröffnet: 25. Mai 2009 Justiz- und Sicherheitsdepartement****Antrag Regierungsrat:** Ablehnung**Begründung:**

Mit der Motion soll der Regierungsrat aufgefordert werden, die Grundlagen für die Geschäftsprüfungskommissionen der interkantonalen Konkordate zu überprüfen. Die heutige Praxis führe zu häufigen Wechseln in den Aufsichtsgremien und die Amtsdauern seien interkantonal nicht koordiniert. Auch würden sich die Umschreibung der konkreten Rechte und Pflichten oder die Entschädigungen in den beteiligten Kantonen unterscheiden. Aus diesem Grund brauche es eine Harmonisierung der Regelungen, wobei sich zuerst eine Klärung der innerkantonalen Voraussetzungen für die Wahlen in die GPK-Delegationen aufdränge.

Heute bestehen drei interkantonale Geschäftsprüfungskommissionen, welche die parlamentarischen Organe in den folgenden vier Konkordaten bilden:

- Konkordat Interkantonale Polizeischule Hitzkirch, IPH,
- Konkordat Zentralschweizer BVG- und Stiftungsaufsicht,
- Konkordate der Hochschule Luzern (HSLU) und der PHZ.

Die Rechtsgrundlagen für die Geschäftsprüfungskommissionen finden sich in den jeweiligen Konkordatsvereinbarungen. Dabei lauten die Bestimmungen durchwegs, dass die Parlamente der Konkordatskantone aus dem Kreise ihrer Mitglieder und für die Dauer der jeweiligen Legislaturperiode je zwei Mitglieder in die Geschäftsprüfungskommission des Konkordats wählen. Bei den jeweiligen Legislaturperioden in den Zentralschweizer Kantonen zeigt sich das folgende Bild:

Luzern:	2007-2011
Uri:	2008-2012
Schwyz:	2008-2012
Obwalden:	2006-2010
Nidwalden:	2006-2010
Zug:	2007-2010 (Kalenderjahre)

Beim IPH-Konkordat sind noch weitere Kantone dabei, so dass sich die Vielfalt der Legislaturperioden zusätzlich erhöht. Es ist naheliegend, dass unter diesen Voraussetzungen die Kontinuität in der Besetzung der interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommissionen eine grosse Herausforderung darstellt. Abhilfe könnte hier tatsächlich die Harmonisierung der Legislaturperioden in den Kantonen schaffen. Allerdings dürfte damit eine noch weit grössere Herausforderung verbunden sein. Dass es durchaus machbar wäre, hat sich bei der Fusion Littau-Luzern gezeigt. In diesen beiden Gemeinden, die grösser sind als die meisten Zentralschweizer Kantone, wurde die Legislaturperiode - wenn auch aus anderen Gründen - um ein Jahr verlängert, die nächste ist deshalb ein Jahr kürzer.

In der Frage der Entschädigung der Mitglieder der Parlamente treffen die Kantonsparlamente ihre je eigenen Regelungen. Eine Harmonisierung könnte hier leichter erreicht werden, indem beispielsweise die Entschädigung für die interparlamentarische GPK in der Konkordatsvereinbarung festgelegt wird. Damit wäre diese für alle Mitglieder gleich, auf der anderen Seite müssten Differenzen zu den kantonalen Kommissionsentschädigungen und damit Ungleichheiten gegenüber dem eigenen Parlament in Kauf genommen werden.

Einheitliche Regelungen bestehen hingegen bereits heute in Bezug auf die Rechte und Pflichten der Mitglieder in den interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommissionen, mindestens für die Zentralschweizer Kantone. Sie sind im "Grundlagenpapier über die Steuerung der gemeinsamen Einrichtungen" vom 20. Oktober 2008 enthalten (www.zrk.ch/Richtlinien/Grundlagenpapier). Über Funktion, Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortung der interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommissionen gibt in diesem Papier Punkt 2.5 Auskunft, in Punkt 3.4 werden die Berichtstätigkeit sowie die Oberaufsicht und damit zusammenhängende Fragestellungen behandelt.

Was die Klärung der innerkantonalen Voraussetzungen für die Wahlen der interparlamentarischen GPK-Delegationen betrifft, so ist zunächst festzuhalten, dass dazu keine expliziten Regelungen in den bestehenden Erlassen vorhanden sind. In § 22 Absatz 1 des Gesetzes über die Organisation und Geschäftsführung des Kantonsrates (Kantonsratsgesetz, SRL Nr. 30) ist lediglich festgehalten, dass die Fraktionen in der Regel in den Kommissionen im Verhältnis ihrer Mitgliederzahl vertreten sein sollen. In den entsprechenden Ausführungsbestimmungen gemäss Geschäftsordnung des Kantonsrates (SRL Nr. 31) hat die Geschäftsleitung gemäss § 4 zu Beginn einer Amtsdauer den Verteilungsschlüssel für die Zuteilung der Kommissionsmitglieder an die Fraktionen festzulegen. Weiter stellen die Fraktionen gemäss § 5 Antrag für die Bestellung der Kommissionen. Demnach verfügt der Kantonsrat über die uneingeschränkte Kompetenz, die Voraussetzungen für die Wahl der interparlamentarischen GPK-Delegationen zu definieren. Er hat diese indirekt auch wahrgenommen, indem er im Zusammenhang mit der Frage der Kontrolltätigkeit der AKK im Bereich der ausgelagerten Verwaltung am 16. September 2008 eine Wegleitung erstellt hat. Darin wird im Anhang I eine Übersicht über die Grundlagen, die Kompetenzen sowie die möglichen Formen der Kontrolltätigkeit der AKK gegeben. Bei den beiden Konkordaten der Hochschulen der Zentralschweiz und der BVG- und Stiftungsaufsicht heisst es, dass üblicherweise Mitglieder der AKK Einsitz in die interparlamentarische GPK nehmen. Das Konkordat über die Interkantonale Polizeischule Hitzkirch (IPH) ist dabei nicht erwähnt, weil die Polizeischule nicht Teil einer ausgelagerten Anstalt ist.

Somit stützt sich die heute geübte Praxis, die Mitgliedschaft in einer interparlamentarischen GPK an die Mitgliedschaft in der AKK zu knüpfen, nicht auf eine rechtliche Grundlage. Sie ist deshalb auch nicht zwingend und die Praxis kann vom Parlament jederzeit geändert werden. Grundsätzlich wäre es denkbar, dass in erster Linie Mitglieder der fachlich zuständigen Kommissionen in die interparlamentarische GPK gewählt werden. Dies vor allem auch deshalb, weil diese Kommissionen von den Departementen regelmässig über laufende Konkordatsverhandlungen informiert werden. Zum Beispiel die Kommission Erziehung, Bildung und Kultur über das Konkordat der Hochschulen der Zentralschweiz oder die Kommission Justiz und Sicherheit über das IPH-Konkordat. Vor diesem Hintergrund könnte es angezeigt sein, das in diesen Kommissionen aufgebaute Wissen in die interparlamentarische GPK einzubringen und Ergebnisse der dortigen Aktivitäten wieder in die Kommissionen zurückfliessen zu lassen.

Zusammenfassend sehen wir keinen rechtlichen Regelungsbedarf für die interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommissionen. Das Problem der uneinheitlichen Legislaturperioden kann nur interkantonal angegangen werden, einheitliche Entschädigungen wären im Rahmen der Konkordats-Vereinbarungen möglich und die Festlegung der Voraussetzungen für die Wahlen der GPK-Delegationen liegt in der Kompetenz des Kantonsrats. In Bezug auf

die Frage der Rechte und Pflichten weisen wir auf das erwähnte Grundlagenpapier über die Steuerung der gemeinsamen Einrichtungen hin, das allenfalls auch von der interparlamentarischen GPK der Interkantonalen Polizeischule Hitzkirch, im Sinne einer Orientierungshilfe, übernommen werden könnte.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragen wir Ihnen die Ablehnung der Motion.

Luzern, 1. September 2009 / RRB-Nr. 1005

2327 / M-450-Born Rolf Geschäftsprüfungskommissionen